

LANDESJUGENDKONFERENZ 2009

Landesjugendvorstand neu gewählt!

Ein Rückblick auf die Landesjugendkonferenz 2009 in Kirkel von Andreas Rinnert

Am Wochenende des 17./18. Oktober 2009 fand im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel die 10. Landesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE, GdP-Landesbezirk Saarland, statt. Zwar ist die Landesjugendkonferenz ein Ereignis, das sich alle vier Jahre wiederholt, jedoch lag die Besonderheit dieses Mal darin, dass erstmals die JUNGEN GRUPPEN der Landesbezirke Rheinland-Pfalz und Saarland gemeinsam eine solche Konferenz veranstalteten – getreu dem Konferenz-Motto „Polizei grenzenlos?“.

Das Motto trägt der Tatsache Rechnung, dass Europa – und somit auch seine Polizeien – immer mehr zusammenwächst, geografische Grenzen hierbei verwischen oder sich gar auflösen. Eine Tatsache, die eine zunehmend größer werdende Bedeutung für die polizeiliche sowie gewerkschaftliche Zusammenarbeit hat und somit ein guter Grund, den Fokus auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu richten – nicht zuletzt, da die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland als Grenzländer unmittelbar von dieser Entwicklung betroffen sind.

Eröffnet wurde die Konferenz von den scheidenden Landesjugendvorsitzenden der beiden Landesbezirke, Sabrina Kunz (RLP) und Jens Berner (SL), die bereits in ihren Grußworten u. a. die personellen

Engpässe durch hohe Pensionierungszahlen und zugleich zu geringe Einstellungszahlen innerhalb der Polizei thematisierten. So führte Jens Berner zu diesem zentralen Problem, das auch im weiteren Verlauf in einer Vielzahl an Anträgen seinen Niederschlag fand, aus: „Die Personalsituation ist derzeit schon, gelinde gesagt, schlecht (...) wie soll das in den kommenden Jahren werden, wenn über 150 Kolleginnen und Kollegen in Pension gehen werden? (...) Schon jetzt reicht im tagtäglichen Geschäft das Personal bei Weitem nicht aus“.

Im Anschluss richteten auch die geladenen Gastredner der Konferenz, Herr MD Laux (Leiter der Abteilung Polizei beim rheinland-pfälzischen Innenministerium) sowie der saarländische Landespolizeidirektor, Herr Haben, ihre Grußworte an die rund 80 ordentlichen Delegierten und die weiteren Gäste aus Politik, Polizeiführung und Gewerkschaften. Hierbei griff Herr Haben auch das Konferenz-Motto auf und erklärte, die polizeiliche Zusammenarbeit mit den französischen Kollegen sei derzeit überaus gut, wie man erst kürzlich wieder anhand von gemeinsamen Streifgängen von deutscher und französischer Polizei anlässlich des Deutschlandtages gesehen habe. So etwas sei vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen.

Bei der folgenden Podiumsdiskussion unter Beteiligung von MD Laux, den politischen Vertretern Frau Willger-Lambert (Bündnis 90/Die Grünen), Herrn Pauluhn (SPD), den Vorsitzenden der GdP-Landesbezirke Rheinland-Pfalz und Saarland, Ernst Scharbach und Hugo Müller, sowie den anwesenden Delegierten und Gästen kam es zu interessanten Diskussionen. Hierbei waren u. a. die bereits eingangs erwähnten personellen Engpässe innerhalb der Polizei, die Beförderungssituation oder auch die Forderung nach einer Anhebung der Mindeststrafandrohung bei Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte heiß diskutierte Themen.

Anschließend nahm die Konferenz dann landesbezirksintern ihren Fortgang. So galt es für die JUNGE GRUPPE Saarland, über insgesamt 46 Anträge zu diskutieren, zu beraten und über deren Annahme bzw. Ablehnung abzustimmen.

Hierbei machte auch die Vielzahl an Anträgen zum Oberbegriff „Personal“ bzw. „Personalpolitik“ klar, dass dies derzeit eines der dringlichsten Probleme der (saarländischen) Polizei darstellt. So lauteten einige der angenommenen Anträge z. B. „Höhere Einstellungszahlen und Stärkung des Wach- und Streifendienstes“, „Stärkung der Einsatzhundertschaft“, „Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ oder auch „Gesetzliche Festschreibung der zweigeteilten Laufbahn“.

Weitere Anträge bezogen sich auch auf die persönliche Ausstattung mit FEM oder z. B. die Beschaffung und Ausstattung von FuStW. Ferner lautete einer der Anträge, einhergehend mit dem Konferenz-Motto „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“. Auch die bereits im Rahmen der Podiumsdiskussion diskutierte Problematik des „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte“ fand sich auf der Liste der Anträge wieder.

Ein wesentlicher Tagesordnungspunkt der Konferenz war natürlich auch die Wahl des neuen Landesjugendvorstandes. Nachdem zuvor der Geschäftsbericht des „alten“ Landesjugendvorstandes



Die Delegierten der JUNGEN GRUPPE aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

des, der Kassenbericht sowie der Kassenprüfungsbericht vorgelegt worden waren, wurde der „alte“ Landesjugendvorstand entlastet und der „Neue“ gewählt.

Hierbei wurde Andreas Rinnert (Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt) von den Delegierten einstimmig als neuer Landesjugendvorsitzender gewählt. Die Wahl der beiden Stellvertreter fiel ebenso einstimmig auf Esther Schneider (Kreisgruppe Saarbrücken-Land) und André Hofmann (Kreisgruppe Saar-Pfalz). Weiter gewählt wurden übereinstimmend Andreas Karmann (Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt) zum Kassierer, Andreas Jannack (Kreisgruppe Saarbrücken-Land) zum stellvertretenden Kassierer, Malte Krämer (Kreisgruppe Saar-Pfalz) zum Schriftführer und Toni Meier (Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt) zum stellvertretenden Schriftführer.



Der (fast vollzählig) neu gewählte Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE Saarland.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2010 unseres Landesteils ist der **8. Dezember 2009**.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Als Beisitzer gewählt wurden Eva Feld, Caroline Stürmer, Matthias Schramm, Jennifer Debrand, Julia Schweizer, Nicole Langenbahn, Falk Hasenberg, Hanna Sander, Sebastian Lux, Carmen Eckert, Mischa Dieterich, Ramona Sersch, Thorsten Mole und Jens Paulus.

Bei der anschließenden offiziellen Verabschiedung von Jens Berner, der das Amt des Landesjugendvorsitzenden acht Jahre lang innehatte, musste dieser sich vor allen Teilnehmern der laut ausgesprochenen Befürchtung des neu gewählten Landesjugendvorsitzenden stellen, ob ihm der Stress und die Arbeit in seiner Funktion während all der Jahre zu seiner lichten Haarpracht „verholfen“ habe.



Alt und neu: mittig die scheidenden Landesjugendvorsitzenden Sabrina Kunz (RLP) und Jens Berner (SL), links und rechts außen die neu gewählten Landesjugendvorsitzenden Markus Behringer (RLP) und Andreas Rinnert (SL). Fotos: JUNGE GRUPPE

Jens erwiderte hierbei lächelnd, dass dies damit nichts zu tun habe, „ein hübsches Gesicht braucht eben viel Platz“!

Jens Berner, dem an dieser Stelle nochmals für sein großartiges, langjähriges Engagement für die JUNGE GRUPPE sowie die gelungene Organisation der Landesjugendkonferenz gedankt sein soll, wird dem neu gewählten Landesjugendvorstand auch weiterhin beratend zur Seite stehen.

Ein Dank gilt natürlich auch allen Beteiligten und Helfern, die diese Landesjugendkonferenz zu einem ganz besonderen Ereignis gemacht haben.

Im Rahmen der Konferenz erarbeiteten die Delegierten aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland bei der gemeinsamen Teilnahme an diversen Workshops rund um das Konferenz-Motto auch eine Vielzahl an neuen Ideen und Erkenntnissen (bspw. gemeinsame Sitzungen der JUNGEN GRUPPEN aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland), die der „neue“ Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE zukünftig in seiner Arbeit einbringen wird.

Der neu gewählte Landesjugendvorstand hat seine Arbeit zwischenzeitlich bereits aufgenommen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit der „Muttergewerkschaft“ sowie allen Mitgliedern und Freunden der JUNGEN GRUPPE – in unseren Kreisgruppen, im gesamten Saarland, bundesweit und über nationale Grenzen hinweg – grenzüberschreitend.

Denn nur gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir stark!



LANDESPOLITIK

Was sagt Jamaika zu: **Polizei – Datenschutz – Öffentlicher Dienst!**

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, FDP und Grüne wurde am 9. November 2009 unterzeichnet. Das gesamte 93-seitige Werk können wir an dieser Stelle natürlich nicht veröffentlichen. Wir haben uns auf die „Polizeithemen“ konzentriert und veröffentlichen nachstehend den Wortlaut dieses Bereiches (Seite 68 bis 73 des Vertrages).

Inneres

Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität in unserem Land. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Verbrechen, vor Extremismus jedweder Art und terroristischer Bedrohung ist uns ein besonderes Anliegen. Zugleich orientieren wir uns am Schutz der Grundrechte und der Freiheit des Einzelnen. Deshalb gilt es, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Gewährleistung der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte auf der einen Seite und dem staatlichen Eingriff zur Wahrung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite zu schaffen. Dies gelingt durch eine professionell gestaltete Präventions- und Sicherheitsstruktur. Daher ist es unser Ziel, eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen orientierte Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz zu gewährleisten.

Das Saarland braucht starke und handlungsfähige Kommunen, damit diese ihrer Verantwortung zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gerecht werden. Deswegen wollen wir den Kommunen in möglichst vielen Bereichen unterstützend zur Seite stehen. Wir wollen ihnen Möglichkeiten eröffnen, damit ihre Zukunftsfähigkeit gesichert werden kann und sie sich im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln.

Polizei

Wir werden die Polizei personell und sächlich bedarfsgerecht ausstatten und somit ihre jederzeitige Handlungsfähigkeit gewährleisten. Die Einstellungszah-

len der Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter werden sich an den Ruhestandsversetzungen, aber auch am Aufgabenzuwachs und der demographischen Entwicklung orientieren.

Die Entwicklungen in der Sicherheits- und Kriminalitätslage erfordern in Teil-

bereichen der polizeilichen Arbeit eine stärkere Spezialisierung. Deshalb wollen wir prüfen, ob eine Spezialisierung bereits während der Ausbildung dienlich ist.

Fortsetzung auf Seite 4

Sozialwerk der GdP-Saarland
Bis zu 6 % Zuschuss für Mitglieder

TUI

Weltentdecker

Strandschnäppchen mit Thai Airways

Abschläge nach Thailand bis zu EURO 260 pro Person

In der Economy Class ab Frankfurt oder München nach Bangkok, Koh Samui, Phuket oder Krabi. Buchungszeitraum bis 30.11.09, Reisezeitraum 01.11.09-10.04.10. Mit allen Hotels und Rundreisen in o.a. Zielgebieten kombinierbar. Individuelle Zubringer und Anschlussflüge nach Frankfurt/München gegen Aufpreis. PM: FL, PA: F00

<p>Phuket Sunwing Resort & Spa Bangtao Beach </p> <p style="font-size: 0.8em;">Studio Zimmer, Frühstück inkl. Flug z.B. ab München 7 Nächte pro Person ab</p> <p style="font-size: 1.5em; font-weight: bold; text-align: right;">€ 907</p> <p style="font-size: 0.7em;">HKT 49035, UFIG G2, PM: FL, PA: F00</p>	<p>Koh Samui Santiburi Golf Resort & Spa </p> <p style="font-size: 0.8em;">Equatorial Duplex Suiten, Frühstück inkl. Flug z.B. ab München 7 Nächte pro Person ab</p> <p style="font-size: 1.5em; font-weight: bold; text-align: right;">€ 1082</p> <p style="font-size: 0.7em;">USH 45009, SBHO G2, PM: FL, PA: F00</p>
--	--

Details und weitere Angebote für Thailand finden Sie in Ihrem Buchungssystem im Infosystem.
Weitere Informationen zu den Hotels finden Sie im Katalog TUI Weltentdecker Nov. 2009-Okt. 2010. Preis inkl. Treibstoffzuschlag und Gebühren. PM/Stand 06.11.2009

Zug zum Flug inklusive 1% Class+

Hotline: 0681 - 841240

World of TUI



Fortsetzung von Seite 3

Wir streben die weitere Entlastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von polizeifremden Tätigkeiten an. Hierfür und zur weiteren Professionalisierung der Ermittlungsarbeit wollen wir unter anderem noch mehr externe Fachkräfte (Informatiker, Techniker, Kaufleute, etc.) einstellen.

Zur Verbesserung der polizeilichen Aufklärungsarbeit, der Konfliktlösung, zur leichteren Herstellung des Kontaktes zur ausländischen Bevölkerung und um der veränderten Gesellschaftsstruktur Rechnung zu tragen, wollen wir bei der Gewinnung von neuen Anwärterinnen und Anwärtern verstärkt Personen mit Migrationshintergrund berücksichtigen.

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben eine große Anzahl von Überstunden aufgebaut. Wir wollen prüfen, auf welche Weise ein zeitnaher Abbau und eine Vermeidung von weiteren Überstunden zu gewährleisten sind.

Wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche erhalten und streben einen bedarfsorientierten Personalansatz in den Dienststellen an.

Polizeiliche Aufgabenerfüllung bedingt ein vernetztes Zusammenwirken der verschiedenen Organisationsteile. Wir wollen prüfen, wie die bestehenden Schnittstellen minimiert und die Qualität der Sachbearbeitung optimiert werden können. Dabei wollen wir nach dem Grundsatz verfahren: Soviel Zentralisation wie nötig, soviel Dezentralisation wie möglich.

Wir werden das Saarländische Polizeigesetz daraufhin überprüfen, in welchen Fällen zur Stärkung der rechtsstaatlichen Kontrolle der Richtervorbehalt bei polizeilichen Maßnahmen ausgebaut werden kann.

Durch das 4. Sprengstoff-Änderungsgesetz vom 17. Juli 2009 (BGBl I, S. 2062) wurde das Waffenrecht geändert. Unter anderem müssen nunmehr die zur sicheren Aufbewahrung getroffenen oder vorgesehenen Maßnahmen nachgewiesen werden und es besteht die Möglichkeit, verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen. Wir wollen prüfen, ob eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel einer weiteren Einschränkung des Waffenbesitzes unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Garantie von Persönlichkeits- und Eigentumsrechten ergriffen wird. Wir setzen uns außerdem für eine konsequente Kontrolle des Waffenrechts ein.

Prävention und Opferschutz

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist der Weg fortzusetzen, dass Präventionsarbeit im Lande noch stärker vernetzt und koordiniert wird. Vor diesem Hintergrund ist das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH-Saar) zu stärken. Ein Teil des Gesamtkonzepts soll auch die Verstärkung der Kooperation von Justiz, Polizei, Sozial- und Jugendämtern, Kirchen, Schulen und den sonstigen freien Trägern bei der Kriminalitätsprävention sein.

Unser sozialer Rechtsstaat hat nicht nur die Aufgabe, Täter zur Rechenschaft zu ziehen, sondern auch sich um die Opfer von Straftaten zu kümmern. Deswegen werden wir unsere Hilfsangebote für Kriminalitätsoffer weiter ausbauen und prüfen, wie wir ihre Rechte weiter stärken können.

Der Opferschutz soll stärker im Strafverfahren berücksichtigt werden. Wir wollen den Schutz und die Betreuung von Kriminalitätsoffern verbessern. Das Thema Opferschutz soll als Lerninhalt in die polizeiliche, juristische, medizinische und psychologische Ausbildung ebenso integriert werden wie in die von Lehrern und Sozialarbeitern

Extremismusbekämpfung

Wir werden jegliche Form des Extremismus weiter konsequent bekämpfen. Der Verfassungsschutz wird personell und sächlich bedarfsgerecht ausgestattet.

Die Notwendigkeit einer Kontrolle der Nachrichtendienste, die durch ihre verdeckte Tätigkeit in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, ist unbestritten. Wie alle anderen Organe der vollziehenden Gewalt unterliegt auch der Verfassungsschutz der Kontrolle durch das Parlament. Wir wollen die Kontrollmechanismen stärken und dafür sorgen, dass jede Landtagsfraktion in die parlamentarische Kontrolle mit mindestens einem ordentlichen Mitglied einbezogen wird. Akteneinsichtsrechte und Berichtspflichten sind auszubauen.

Wir treten für den Aufbau von Präventionsprojekten gegen jede Form von Extremismus ein. Bestehende Projekte sollen ausgebaut werden.

Datenschutz

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger sowohl im nicht-öffentlichen als auch

im öffentlichen Bereich wirksam vor dem Missbrauch ihrer persönlichen Daten schützen. Hierzu wollen wir ein unabhängiges Datenschutzzentrum schaffen. Dieses soll als niedrighschwellige und bürger-nahe Kontroll- und Beratungsinstanz dienen und die zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen des Datenschutzes sein. Vorbehaltlich des Ergebnisses der Beschwerde wegen einer möglichen fehlerhaften Umsetzung des Artikels 28 der Datenschutzrichtlinie sollen in diesem Zentrum der Datenschutz für den öffentlichen und den nicht-öffentlichen Bereich zusammengefasst werden. Die Kontrolle des nicht-öffentlichen Datenschutzes wird dann umgehend aus dem zuständigen Ministerium ausgegliedert.

Wir werden die Regelungen des saarländischen Datenschutzes überprüfen und dem Landtag das alleinige Vorschlagsrecht für die Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz einräumen.

Wir begrüßen und unterstützen die Initiative des Bundes, ein dreijähriges Pilotprojekt mit dem Ziel der Stärkung der Selbstkontrolle von Unternehmen durchzuführen.

Wir werden im Saarland auf eine eigene gesetzliche Grundlage zur Durchführung von Online-Durchsuchungen verzichten.

Vor dem Hintergrund einer Stärkung der Bürgerrechte insbesondere durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur automatisierten Kennzeichenerfassung werden wir die entsprechende Regelung aus dem Saarländischen Polizeigesetz streichen.

Wir werden eine Evaluierung polizeilicher Befugnisse vornehmen und darauf aufbauend politisch bewerten, ob bei Eingriffsmaßnahmen des Polizeirechts die Eingriffstiefe in einem angemessenen Verhältnis zu den betroffenen Bürgerrechten steht. Dazu gehört, dass wir auch die Möglichkeiten der erkennungsdienstlichen Behandlung von strafunmündigen Kindern als Intensivtäter und die Speicherung dieser Daten überprüfen, wenn dadurch einem Missbrauch dieser Kinder entgegengewirkt bzw. dem Kinderschutz Rechnung getragen werden kann; eine Stigmatisierung dieser Kinder, die meist nicht aus eigenem Antrieb heraus strafällig werden, muss vermieden werden.

Außerdem werden wir die Möglichkeit der Bild- und Tonaufzeichnung (Videoüberwachung) durch Ortspolizeibehörden im öffentlichen Raum abschaffen. Infolge dessen werden wir § 27 Abs. 2 Satz 2 des Saarländischen Polizeigesetzes ebenso wie die entsprechende Rechtsgrundlage im Saarländischen Daten-



LANDESPOLITIK

schutzgesetz streichen. Das Instrument der Bild- und Tonaufzeichnung (Videoüberwachung) soll der Vollzugspolizei im Rahmen bestehender rechtlicher Möglichkeiten vorbehalten bleiben.

Schließlich werden wir die derzeitige Ausgestaltung der präventiven Telekommunikationsüberwachung abschaffen. Unbeschadet hiervon bleibt die Möglichkeit der Rettung von zum Beispiel Suizidgefährdeten, kranken Menschen oder Unfallopfern über ein aktiv geschaltetes Mobiltelefon erhalten.

Öffentlicher Dienst

Unsere engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind Garanten dafür, dass die Verwaltung ein moderner Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger ist. Unser zentrales Anliegen ist es, mit der Steigerung der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Service- und Dienstleistungsorientierung die Verwaltungsaufgaben und -strukturen zu optimieren und konsequent weiterzuentwickeln. Daher werden wir uns auch zukünftig für die Belange des öffentlichen Dienstes einsetzen. Wir sprechen uns für die Beibehaltung des Berufsbeamtentums aus.

Wir wollen die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten über die Altersgrenze hinaus ermöglichen, wobei die Interessen sowohl der Beamtinnen und Beamten als auch des Dienstherrn zu berücksichtigen sind. Die genaue Ausgestaltung einer solchen Regelung mit entsprechenden Anreizen soll überprüft werden.

Wir wollen bei der Gewinnung von neuen Anwärterinnen und Anwärtern für den öffentlichen Dienst verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen, um der veränderten Gesellschaftsstruktur Rechnung zu tragen.

Jugendkriminalität

Wir werden die zur Bekämpfung der Jugendkriminalität entwickelten Maßnahmen (z. B. IP JIT [Initiativprogramm Junge Intensivtäter]), die ein aufeinander abgestimmtes und vernetztes Vorgehen von Staatsanwaltschaft, Polizei und Trägern der Jugendhilfe vorsehen, konsequent fortsetzen, evaluieren und fortentwickeln. Wir beabsichtigen, in enger Kooperation mit Schulen, sozialen Einrichtungen und Vereinen weitere Programme zur Bekämpfung der Jugendkriminalität zu entwickeln.

„Jamaika-Koalitionsvertrag“: In der Innenpolitik Licht und Schatten

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland (GdP), in der 65% aller saarländischen Polizeibeschäftigten vertreten sind, enthält der heute unterzeichnete „Jamaika-Koalitionsvertrag“ von CDU, FDP und den Grünen an der Saar sicherheitspolitisch und polizeispezifisch viel Licht, aber auch viel Schatten.

Positiv wertet die GdP etwa die Aussagen zu Personal- und Sachausstattung sowie den Strukturen in der saarländischen Polizei. So sollen sich die Einstellungszahlen an den Ruhestandsversetzungen der nächsten Jahre, am Aufgabenzuwachs und der demographischen Entwicklung orientieren. Auch die Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten, insbesondere durch die Einstellung von externen Fachkräften, erfüllt jahrelange Forderungen der GdP. Maßnahmen zum Abbau des Überstundenberges, in dem zurzeit immerhin über 230 000 Überstunden angehäuft sind, können für eine Verbesserung in der Personaleinsatzplanung sorgen.

Hugo Müller, GdP-Landesvorsitzender, erklärt hierzu: „Wir begrüßen sehr, dass die Koalition ein klares Bekenntnis zur Handlungsfähigkeit der saarländischen Polizei formuliert. Der angestrebte Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche ist nur durch ausreichenden Personalsatz zu gewährleisten. Die Verabredung, Einstellungszahlen an Ruhestandsversetzungen und Aufgabenzuwachs zu orientieren, ist mit die entscheidende Aussage überhaupt. Im Schnitt der kommenden zehn Jahre haben wir Ruhestandsversetzungsraten von 150 Beamtinnen und Beamten im Jahr. Also gehen wir jetzt davon aus, dass ab dem Jahre 2010 mindestens 150 Kommissaranwärterinnen und -anwärter jährlich neu eingestellt werden.“

Leider gibt es dann im Bereich der Sicherheitspolitik doch viel Schatten. Nachdem die politisch Verantwortlichen

in den vergangenen Jahren auch den kritischen Zeitgeistern mit Überzeugung und Nachdruck die Notwendigkeit diverser neuer Eingriffsbefugnisse im Saarländischen Polizeigesetz (SPoIG) erklärt haben, werden diese Notwendigkeiten jetzt ohne die gebotene intensive Fach- und Sachdebatte, etwa mit der Polizei, den Kommunen, dem Städte- und Gemeindegtag oder den Gewerkschaften und Berufsvertretungen, einfach so aufgegeben. Dies gilt etwa für den Verzicht auf eine gesetzliche Grundlage zur präventiven Online-Durchsuchung, die Streichung der Befugnis zur automatisierten Kenn-

zeichenerfassung, die Prüfung der Befugnisse zur ED-Behandlung von Kindern im SPoIG, die Abschaffung der präventiven Telekommunikationsüberwachung in der derzeitigen Ausgestaltung sowie

wie die Abschaffung der Befugnis zur Videoüberwachung durch die Ortspolizeibehörden im öffentlichen Raum, und dies nicht nur bzgl. der Regeln im Polizeigesetz, sondern auch im saarländischen Datenschutzgesetz.

Hugo Müller weiter: „Wir reden im Zusammenhang mit dem Polizeigesetz nicht nur über die Abwehr einfacher Gefahren im alltäglichen Leben, sondern auch über die vorbeugende Bekämpfung schwerwiegender Verbrechen, etwa im Bereich der organisierten Kriminalität, der Kinderpornographie oder des Terrorismus. Diese Deliktsfelder gibt es, wie die Vergangenheit bewiesen hat, leider auch im Saarland.“

Es ist aus unserer Sicht daher nicht in Ordnung, wenn jetzt, ohne das Fach- und Sachverständnis der Sicherheitsbehörden umfassend zu erfragen, diese und jene Befugnis auf dem Altar der Koalitionsverhandlungen geopfert werden. Was von Seiten der FDP mit großem Stolz als die liberalste Koalitionsvereinbarung der Republik bezeichnet wird, kann sich sehr schnell zum sicherheitspolitischen Fiasko entwickeln“.

Der Landesvorstand

„Also gehen wir jetzt davon aus, dass ab dem Jahre 2010 mindestens 150 Kommissaranwärterinnen und -anwärter jährlich neu eingestellt werden.“



Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten – ein verpflichtendes Thema für die GdP!

Der tägliche Dienst wird zunehmend härter. Immer öfter sehen wir uns Gewaltbereiten gegenüber, die ihre Aggressionen auslassen und total respektlos gegenüber den Menschen ihrer Wut unkontrollierten Lauf lassen. Nicht selten erleiden Kolleginnen und Kollegen dabei schwere Schäden an Körper und Seele. Mit großer Sorge verfolgt die Gewerkschaft der Polizei bereits seit Monaten dieses brisante Thema, weist auf die zunehmende Gewalt gegen die Polizei hin und fordert Konsequenzen von den politisch Verantwortlichen.

Die Initiativen der GdP haben dazu geführt, dass Bund und Länder sich entschlossen haben, die Studie „Gewalt gegen Polizisten“ in Auftrag zu geben. Die größte Polizeistudie, die es jemals gab, soll Auskunft darüber geben, wie die Betroffenen die Lage einschätzen, welche persönlichen und technischen Veränderungen die polizeiliche Basis für ange-

bracht hält und welche Anforderungen sich an den Gesetzgeber ergeben.

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg zeigte sich dieser Tage erfreut darüber, dass nunmehr alle Bundesländer und der Bund sich an der Studie beteiligen. „Wir haben als GdP die Forschung initiiert, unterstützen sie aktiv und auch finanziell. Die Ergebnisse erhalten wir zur Bewertung und werden unsere gewerkschaftlichen Initiativen entsprechend für den Schutz der Kolleginnen und Kollegen ausrichten“, so Freiberg in einer ersten Bewertung.

Die Befragung, bei der bis zu 260 000 Polizistinnen und Polizisten per E-Mail angeschrieben werden, soll Ende Oktober beginnen. Sie wird durchgeführt durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) und steht unter Leitung von Prof. Dr. Pfeiffer.

Auf einem Extrapol-Server wird ein Online-Fragebogen eingestellt. Die Be-

fragung erfolgt anonym während der Dienstzeit und ist durch ein persönlich zugewiesenes Passwort geschützt. Das Ausfüllen des Fragebogens kann jederzeit unterbrochen und wieder fortgesetzt werden. Weitere Informationen gibt es auch über das Intranet bzw. Saarland-Plus.

Die GdP hat zudem als eigenständiger Vertragspartner mit Prof. Dr. Pfeiffer eine Ergänzungsstudie vereinbart, die Fragen zur Fürsorge, Ausbildung und Ausrüstung betreffen.

GdP-Landesvorsitzender Hugo Müller: „Die Ergebnisse sind wichtige Grundlagen für die weiteren Betrachtungen der politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern und der weiteren Arbeit der GdP. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, sich aktiv in die Studie einzubringen.“

GdP – Wir kümmern uns!

Der Landesvorstand

KG ST. WENDEL

Kultur und gutes Essen!

Im Oktober führte die Kreisgruppe St. Wendel ihre traditionelle Herbstaktion durch. Auf Burg Lichtenberg in der benachbarten Pfalz trafen wir uns bei herrlichem Wetter, um uns die größte Burgruine Deutschlands bei einer Burgführung



Die Kreisgruppenmitglieder nebst Anhang bei der Burgführung.

näher anzuschauen. Darüber hinaus gab es die Möglichkeit, das Naturkunde- oder das Musikantenlandmuseum zu besuchen. Viele nutzten auch den schönen Ausblick vom Turm aus in ihr Heimatland (Saarland). Am Abend wurde in der Römerscheune ein Mahl eingenommen,

was durch die Kreisgruppe mitfinanziert wurde. Begleitend stellte der saarländische Autor Karl-Josef Boussard sein Buch „Auf die Zukunft einlassen“ vor, indem es insbesondere um den Werteverfall in unserer Gesellschaft geht.

Ein wertvoller Tag!

T.E.

KG NEUNKIRCHEN



Am 19. Oktober 2009 feierte unser Mitglied Edgar Jäger seinen 85. Geburtstag. Edgar Jäger trat am 2. Januar 1950 in das damalige Saarbataillon ein. Gleichzeitig schloss er sich auch der Gewerkschaft an und ist ihr bis zum heutigen Tage treu geblieben. 1975 kam er zur PD Neunkirchen und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1984. Die Gewerkschaft der Polizei wünscht dem Jubilar weiterhin alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit, so dass er noch viele Jahre mit seiner Ehefrau im Kreise seiner Familie verbringen möge. Zum Festtag gratulierte dem Jubilar der Seniorenvertreter Armin Jäckle.



Von der Fürsorgeflucht des Dienstherrn oder – die Geschichte der Degeneration

Wer sich als Polizeibeamter im drei- und vierzigsten Lebensjahr vormacht, er habe bereits fast alle Widrigkeiten seines Berufsbildes erleben dürfen, bewegt sich augenscheinlich auf dünnstem Eis. Und wer denn annimmt, er sei sich, nur weil er seinen beamtenrechtlichen Pflichten gewissenhaft nachkommt, auch der verbrieften Fürsorgepflicht seines Dienstherrn gewiss, dem kann man hier mit Goethes Dr. Faust nur warnend zurufen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube ...“.

Beginnen wir von vorne, das heißt bei einem Routineersuchen der PI Wadern am Rande des Kurparkfestes in Weiskirchen. Dort hatte nämlich ein junger Mann im Alkoholrausch derart über die Strenge geschlagen, dass mehrere Bürger sich zu Recht die Unterstützung der Polizei einforderten, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen.

Mit vier Beamt(inn)en fanden wir den Störer dann auch am Kurparkweiher, wo er sich laut lallend und schimpfend passiv gegen seine Gewahrsamnahme zur Wehr setzte und durch uns über einen ansteigenden Wiesenhang zum Streifenwagen getragen, geschleppt und gezogen werden musste. Soweit kommt das sicher vielen bekannt vor. Wäre nicht Folgendes passiert ...

Während des Transportes zappelte der junge Mann auf der unebenen Wiese derart, dass dadurch eine zusätzliche körperliche Anstrengung für meinen Kollegen und mich entstand. Bei einer Schrittbewegung unter Volllast verspürte ich dann plötzlich und völlig unerwartet einen stechenden Schmerz in meiner linken Wade. Meine linke Achillessehne hatte just den Dienst quittiert.

Ja, Schmerzen und weitere Folgen sind ärgerlich, aber dagegen hilft einem ja der Arzt im Krankenhaus und die versicherungsrechtliche Seite wird schließlich bei diesem „Dienstunfall“ durch den Dienstherrn getragen! Wie falsch ich mit meiner Einschätzung liegen sollte, erfuhr ich während der anschließenden achtwöchigen Liegezeit nach konservativer Behandlung der Ruptur.

Da gleich zu Beginn der Therapie die ersten Rechnungen bei mir eintrafen, hörte ich wiederholt im Ministerium

nach, wie denn der Stand der Dinge sei, und ab wann ich meine Rechnungen an Referat D 2 schicken dürfe. Im Telefonat mit dem Polizeiarztlichen Dienst erfuhr ich schließlich, dass ich bei einer Achillessehnenruptur wohl nicht mit einer Anerkennung als Dienstunfall rechnen könne. Wie bitte? Das saß!

Und auf meine Nachfrage beim Polizeiarzt erläuterte mir der Mann, dass nicht alles, was einem Beamten im Dienst widerfährt, auch tatsächlich ein Dienstunfall sein müsse. Mir wurden Beispiele vorgetragen, die alle Empathie vermissen

Fortsetzung auf Seite 8



Schifreizeit
La Villa/ Dolomiten
09.01.2010 - 16.01.2010



Die Dolomiten muss man als SchifahrerIn erlebt haben!

ANGEBOT

7 Tage Halbpension überwiegend in Doppelzimmern in der Pension Camoscio, mitten im Schigebiet, Sechstageseschipass Superdolomiti, Bustransfer nach und von La Villa mit modernem Reisebus ... und noch ein paar Überraschungen mehr.

SUPERDOLOMITI

Der Skipass Dolomiti Superski gilt auf 450 Aufstiegsanlagen, die 1.220 Pistenkilometer erschließen. Das entspricht der Strecke von Cortina bis Hamburg. Der überwundene Höhenunterschied beträgt 131 Kilometer. Das ist 15mal höher als der Mount Everest (8.848 m). Mehr als 1.000 Pistenkilometer können mit Kompaktschnee beschneit werden.

PENSION CAMOSCIO

In der gemütlichen und familiären Pension können wir uns so richtig entspannen und die typische ladinische Gastfreundschaft genießen. In der kleinen Gastwirtschaft im Haus gehts abends ab. Neuer Wellnessbereich.

Preis:

GdP-Mitglieder 729,00 €
Nichtmitglieder 749,00 €

Ansprechpartner:
Hartmut Seiler

Tel.: 06858 1800
0681 962 2042

E-Mail: haseil@gmx.de



LESERBRIEF

Fortsetzung von Seite 7

ließen. „Schlachtvieh hängt man an der Achillessehne auf, weil die so stabil ist!“ „Wenn man mal über 25 ist, degeneriert der menschliche Körper und dann passiert so was halt!“ Nicht genug, dass ich mich während des Dienstes verletzt habe, muss ich mich nun auch noch mit Schlachtvieh vergleichen lassen? Bin ich seit meinem fünfundzwanzigsten Lebensjahr ein degenerierender „Bulle“, bei dem der Dienstherr die „Fürsorgeflucht“ antritt?

Nach sieben Wochen erhielt ich schließlich den Ablehnungsbescheid des saarländischen Ministeriums für Inneres und Sport mit der Begründung, dass dem Riss der Achillessehne eine Gelegenheitsursache zugrunde liege, die jederzeit auch im privaten Bereich hätte passieren können.

Ich schrieb dem Ministerium meinen Widerspruch gegen diesen ablehnenden Bescheid, den ich wie folgt begründete:

Fakt ist, dass sich der Riss meiner Achillessehne nicht während einer Gelegenheitsursache ereignete. Ich hatte im Vorfeld nie die geringsten Beschwerden im Bereich der Wade und insbesondere der Achillessehne und kam auch nicht etwa humpelnd und vorgeschädigt zum Dienst. Vor Zeugen war ich definitiv einer Belastung ausgesetzt, wie sie mir in dieser Art im alltäglichen Privatleben bisher nicht widerfahren ist. Zudem handelt es sich um einen Vorfall, der sich während des Dienstes ereignete, um eine unzweifelhaft polizeitypische Tätigkeit, für die ich durch die saarländische Landesregierung zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Landes

eingestellt wurde. Als Polizeibeamter bin ich durch das Beamtenrecht sogar verpflichtet, diese Handlung vorzunehmen.

Wenn nun der Polizeiärztliche Dienst nur aufgrund der Aktenlage die Auffassung vertritt, dass bei mir womöglich eine Vorschädigung oder Degeneration vorgelegen hat, so ist dies nicht nachzuvollziehen.

Es gab im Vorfeld dieses Unfalls nie Beschwerden im Bereich der Wade, insbesondere der Achillessehne. Des Weiteren wurde keine Untersuchung des Gewebematerials meiner Achillessehne vorgenommen, die eine solche Vermutung zulassen oder belegen würde. Wenn also der Polizeiärztliche Dienst eine so genannte Gelegenheitsursache behauptet, handelt es sich um eine rein hypothetische Einwendung.

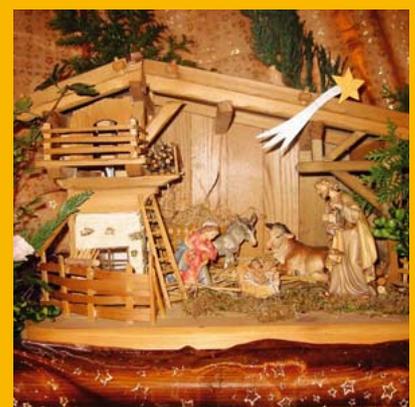
Dass bei mir keine histologische Untersuchung vorgenommen wurde, lag daran, dass ich auf ärztlichen Ratschlag nicht operiert, sondern konventionell behandelt wurde, ein seit Jahren erfolgreich praktiziertes Verfahren, bei dem das Operations- und das Infektionsrisiko ausgeschaltet werden. Wenn mir nun eine fehlende Gewebeuntersuchung als nachteilig ausgelegt wird, frage ich mich, ob es denn im Sinne meines Dienstherrn gewesen wäre, hätte ich mich für eine risikoreichere und kostenintensivere Operation entschieden?

Letztlich möchte ich anmerken, dass ich meinen Beruf bis zum heutigen Tag stets gerne und gewissenhaft wahrgenommen habe und meinen beamtenrechtlichen Verpflichtungen bislang nachweislich nachkam. Wenn ich nun im vorliegenden Fall die Fürsorgepflicht meines Dienstherrn einfordere, so findet

man auch diese im Beamtenrecht begründet. Ich denke nicht, dass alleine durch meine monatliche Vergütung eine Aufopferung an Gesundheit oder Leben ausgeglichen wird.

Aus den genannten Gründen habe ich daher gegen die getroffene Entscheidung des Ministeriums für Inneres und Sport ausdrücklich Widerspruch eingelegt, mit der Bitte um erneute Prüfung und Anerkennung dieses Unfalls als Dienstunfall. Eine Antwort steht bislang aus.

René Bergling



*Allen Leserinnen und Lesern
und ihren Familien frohe
Weihnachten und ein
friedvolles gutes neues
Jahr 2010*

Hugo Müller, Landesvorsitzender

KG NEUNKIRCHEN

Der Vertreter der Senioren der Kreisgruppe Neunkirchen, Armin Jäckle, konnte am 16. 10. 2009 24 Senioren mit ihren Ehefrauen zu ein paar gemütlichen Stunden im Gasthaus „Alt Steigershaus“ recht herzlich begrüßen. Auch der Landes- und Bundesvorsitzende Artur Jung nahm an der Veranstaltung teil. Er informierte die Anwesenden über Wissenswertes aus dem Gewerkschaftsgeschehen auf Bundes- und Landesebene. Udo Ewen – Kompetenzteam Beihilfe – informierte über Änderungen und Neuigkeiten bei der Beihilfe. Armin Jäckle verteilte an die Anwesenden die „Vorsorge-Mappe“ aus dem Aktiv-Programm für Senioren. Nach dem kleinen Imbiss wurde noch gemütlich beisammengesessen und über vergangene Zeiten geredet.

